

1979 prägte die FDP einen Slogan
mit Langzeitwirkung Seite 8Zum Tod des herausragenden
Juristen Günter Stratenwerth Seite 8Die SVP sorgt sich
um den Nachwuchs Seite 9Bei den Grünliberalen herrscht
keine Katerstimmung Seite 9

Rechtspopulisten verteidigen beide Sitze

Die Tessiner Regierungswahlen bestätigen die bestehende Tendenz nach rechts

Die Lega bleibt stärkste Kraft in der fünfköpfigen Tessiner Regierung. Wie erwartet ist der Freisinn mit seinem Angriff auf den zweiten Staatsratsitz der Rechtspopulisten gescheitert.

Peter Jankovsky, Bellinzona

Im Radrennfahrer-Trikot präsentierte sich ein zurückhaltender Tessiner FDP-Präsident Rocco Cattaneo am Sonntagmorgen vor den TV-Kameras. Das Bild ist bezeichnend: Der Freisinn, der einst im Südkanton die unbestrittene Leaderposition innehatte, musste einige Gänge zulegen, wollte er gegen die Lega antreten und einen zweiten Regierungsratsitz zurückerobern. Jenen, welchen die Rechtspopulisten der FDP bei den letzten Kantonalwahlen im Jahr 2011 abspenstig machten, womit sie die relative Mehrheit im fünfköpfigen Staatsrat errangen.

Aufgrund technischer Probleme mit beschädigten Wahlzetteln kamen erst am späten Abend die endgültigen Ergebnisse der Staatsratswahlen zustande. Diese gehen als schweizweite Seltenheit noch immer im Proporzverfahren über die Bühne. Punkto Duell des Freisinns mit der Lega zeigten die Resultate schliesslich eine leicht ambivalente Situation: Die Rechtspopulisten können ihre beiden Sessel dank genügend persönlichen Stimmen für ihre Magistraten Claudio Zali (83 307 Stimmen) und Norman Gobbi (73 540 Stimmen) im Staatsrat halten, verlieren aber spürbar an Wählerstimmen (27,7 Prozent, 2011: 29,8 Prozent).

Lega leidet wegen SVP

Besonders auffällig ist der Verlust von Wählerstimmen für die Lega ausgerechnet in ihrer Hochburg Lugano (5,6 Prozent weniger auf 30,8 Prozent). Der kantonsweite Rückgang dieser Stimmen erfolgte vor allem zugunsten des neuen Rechtsblocks namens La Destra, der unter Führung der SVP steht und der Lega im Gegensatz zu 2011 die Unterstützung versagte. Er konnte dadurch deutliche 4,5 Prozent aller Tessiner Stimmen auf sich vereinen und entzog wohl auch der CVP (ihr Staatsrat Paolo Beltraminelli erhielt 45 597 Stimmen) und der SP (43 694 Stimmen für Regierungsrat Manuele Bertoli) etliche Stimmen, da beide Parteien deutlich



Lega-Staatsrat Norman Gobbi (rechts) lässt sich von Anhängern feiern.

FRANCESCA AGOSTA / TI-PRESS / KEYSTONE

schlechter als erwartet abschnitten (CVP 17,5 Prozent; 2011: 19,9 Prozent; SP 14,8 Prozent, 2011: 16,3 Prozent). Die Grünen wiederum, die sich populistisch geben und gerne Themen rechts der Mitte pflegen, legten auch diesmal zu (6,6 Prozent), aber überraschenderweise nur sehr wenig (2011 gewannen sie 4 Prozent mehr Stimmen und kamen auf 6,1 Prozent). – Insgesamt bestätigen die diesjährigen Tessiner Regierungswahlen die bestehende Tendenz nach rechts. Interessant ist ausserdem, dass die FDP nach einem parteiinternen knappen Schlussspurt zwischen Luganos Stadtrat Michele Bertini und FDP-Grossratsfraktions-Chef Christian Vitta mit Letzterem (62 641 Stimmen) nur einen Staatsratsitz besetzt, aber mit 26,3 Prozent Wählerstimmen gegenüber 2011 immerhin um 1,3 Prozent zugelegt hat – der Rechtsblock konnte dem Freisinn also wohl nur wenige Stimmen wegschnappen. Offenbar schätzen die Wahlberechtigten an der FDP das wiederbelebte Prinzip der schonungslosen Offenheit wieder mehr, dulden aber weiterhin den wenig nützlichen Regio-

nalismus, für welchen die Lega steht und welcher die Entwicklung des Südkantons dank engerem Zusammenwirken mit Bern hemmt. Insgesamt wurden 16,11 Prozent leere Wahlzettel eingereicht, was die deutlichen Stimmenverluste teilweise erklärt. – Erst im Laufe des Montags werden die Ergebnisse der Grossratswahlen bekannt. Hier zeichnet sich ein veritables Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen FDP und Lega ab.

Briefwahl bereitet Sorgen

Apropos Briefwahl: Diesbezüglich sorgte in den Reihen des Freisinns einer seiner Grossratskandidaten für Konsternation. Zwei Tage vor dem Wahlsonntag begann die Tessiner Staatsanwaltschaft gegen Michele Kauz wegen Verdachts auf Wahlbetrug und Stimmenkauf zu ermitteln. Er soll via Facebook einer Grossratskandidatin der Grünen eine Fotografie zugeschickt haben, auf welcher ein Stoss Wahlzettel abgebildet ist. Dies seien die Stimmen, die er zu ihren Gunsten bereithalte, habe Kauz unter das Bild geschrieben.

Davon erfuhr Grünen-Koordinator Sergio Savoia und meldete die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft. Den Medien erklärte Kauz, er habe lediglich Verwandten und Freunden beim Ausfüllen der Wahlzettel geholfen und Empfehlungen abgegeben. Die Unterlagen seien nicht in seine Obhut übergegangen; die Betroffenen hätten die Wahlzettel selber abgeschickt. Savoia befürchtet, dass es sich um keinen Einzelfall handelt und die Kantonalwahlen womöglich annulliert werden müssen.

Die Briefwahl hatte bereits vorher für Schlagzeilen gesorgt. Es waren drei Anzeigen auf der Site eines Tessiner Online-Basars aufgetaucht, in denen unterschriebene, aber nicht ausgefüllte Wahlzettel feilgeboten wurden. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, hat sie in diesem Zusammenhang gegen sieben Personen ermittelt. Dank ihrem Eingreifen konnten die Betroffenen keine Wahlzettel verkaufen, sondern reichten sie ordnungsgemäss ausgefüllt selber ein. Übrigens hat der Kanton Tessin die Briefwahl erst heuer eingeführt – und ist damit das Schweizer Schlusslicht.

Legastehet vor Reifepfprüfung

Die Protestbewegung etabliert sich

Peter Jankovsky · Den Tessiner Wahlkampf beherrschte eine Frage: Kann die FDP das weitere Erstarken der Lega endlich stoppen? Der Freisinn hat hoch gepokert – und konnte den zweiten Regierungsratsitz, den ihm die Rechtspopulisten 2011 abluchsten, trotz Stimmengewinn nicht zurückerobern. Das war mit einer FDP-Staatsrätin, die wegen harter parteiinterner Kritik vor einem Jahr die Lust am Weiterregieren verlor, kaum möglich. Zudem dürfte auch der mutmassliche Wahlbetrug eines Grossratskandidaten irritiert haben.

Somit stellt die Lega nach wie vor zwei Vertreter im fünfköpfigen Staatsrat. Dieser signalisiert nach aussen weiterhin, dass der Südkanton von einem kontraproduktiven «Ticino-centrismo» dominiert wird. Denn die Lega steht noch immer für regionale Selbstbezogenheit und trotzigem Widerspruch zu Bundesbern, auch wenn die Protestbewegung durch zunehmende Regierungsverantwortung Reife zu zeigen beginnt. Offenbar hat es den Rechtspopulisten nicht wesentlich geschadet, dass ihr Übervater Giuliano Bignasca 2013 verstarb. Denn die Wählerstimmen sichernde Aufmüpfigkeit wird von der Gratis-Sonntagszeitung der Lega noch immer genügend gepflegt.

Die Wahlergebnisse für das Kantonsparlament werden erst im Laufe des Montags bekannt. Daher herrscht nicht minder grosse Spannung angesichts der Frage, ob die FDP ihren knappen Vorsprung vor der Lega halten kann. Im Grossen Rat konzentrierte sich der Freisinn auch auf Themenfelder, die deutlich rechts der Mitte anzusiedeln sind und die sogar von Grünen und Gewerkschaften beackert werden: Schutz der heimischen Arbeitskräfte vor den italienischen Grenzgängern und vor Dumpinglöhnen, Druck auf Bern im Steuerstreit mit Italien. Verliert die FDP ihren Vorsprung, würde dies die Fragmentierung im Parlament forcieren und somit unheilige Allianzen zwischen Lega, SP und Grünen ermöglichen, welche die wirtschaftliche und politische Stabilität minderten.

Über Jahrzehnte nahm die FDP eine Leaderposition ein und trug entscheidend zur Prosperität des Tessins bei. Daher muss sie die Zusammenarbeit mit der 25 Jahre jungen Lega intensivieren, um das Enfant terrible weiter zur Vernunft anzuspornen.

Gefährdetes Gedächtnis

Das audiovisuelle Erbe der Schweiz soll vor dem Verfall gerettet werden, doch bei der Umsetzung sowie dem Zugang zu Dokumenten hapert es

Marc Tribelhorn · Historische Dokumente sind Zeitmaschinen. Sie geben Aufschluss über die Vergangenheit, machen politische Entscheide sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen nachvollziehbar. Gerade die audiovisuellen Quellen, also Tonträger und Bewegtbilder, haben eine besondere emotionale Qualität: Radioansprachen von Bundesräten, «Tagesschau»-Berichte über Unwetter oder Diskussionsendungen zu sozialen Minenfeldern. Leider steht es um ihren Fortbestand in der Eidgenossenschaft nicht zum Besten. Dabei ist das Problem längst erkannt.

Schon vor einem Vierteljahrhundert wurde der Bundesrat damit beauftragt, analog zum Bundesarchiv und zur Nationalbibliothek – die primär Schriftgut archivieren – Lösungen für eine «zentrale Phono- und Videothek» zu suchen. Denn die bestehenden Institutionen wie die Fonoteca in Lugano oder die Cinémathèque in Lausanne genügen bei weitem nicht, um die rasant zunehmende

Menge an Materialien systematisch zu bewältigen. 1993 bezeichnete der damalige Bundesarchivar Christoph Graf die Situation der Aufbewahrung als «alarmierend» und die Schweiz diesbezüglich als «Entwicklungsland». Doch nicht nur die Langzeitarchivierung ist bis heute eine Herausforderung geblieben, auch der Zugang für die breite Bevölkerung und die Wissenschaft ist weiterhin nur begrenzt.

Folgen der Digitalisierung

Der vom Bund mit jährlich rund 3 Millionen Franken finanziell unterstützte Verein Memoriav kümmert sich seit 1995 um den physischen Erhalt des audiovisuellen Kulturerbes sowie um dessen inhaltliche Erschliessung, und erprobt Möglichkeiten eines vereinfachten Zugangs zu den sinnlich erfahrbaren Zeitdokumenten. Memoriav ist aber kein Archiv, sondern ein Netzwerk und Kompetenzzentrum verschiedener Institutionen. Nach dem Anfang mit so-

genannten Notrettungsmassnahmen für besonders gefährdete Bestände wie Direkt-Schnittplatten aus den 1930er Jahren konnten mittlerweile weit über eine Million audiovisueller Quellen erhalten werden, darunter etwa die nationalen «Tagesschauen» und ihre Vorläufer, die Filmwochenschauen. Das ist beachtlich, aber täglich droht neuer Verlust von digitalen Daten. Dateiformate und Abspielgeräte ändern sich, der Transfer der Informationen ist aufwendig und kostspielig. Allein die SRG, die Hauptproduzentin von Radio- und Fernsehsendungen, investiert pro Jahr Millionen, um ausgewählte Eigenproduktionen für die Wiederverwertung bereitzustellen. Das können sich private Sender nicht leisten. Doch die fortschreitende Digitalisierung ist nicht nur ein Fluch, sondern bietet auch enormes Potenzial.

Dank dem Internet ist der Zugang zu solchen schweizerischen Kulturgütern für die Öffentlichkeit noch nie besser gewesen. Theoretisch. Mit der «kulturellen Teilhabe», die auch Bundesrat Berset in

seiner Kulturbotschaft postuliert, ist es noch nicht sehr weit. Abhilfe schaffen dürfte künftig das von Memoriav betriebene Onlineportal Memobase. Es ermöglicht zurzeit den Zugang zu knapp 90 000 audiovisuellen Dokumenten aus Schweizer Gedächtnisinstitutionen. Ihr Vorteil sind die umfassenden Metadaten sowie die Systematik der verzeichneten Dokumente. Wer heute über Google oder Youtube recherchiert, stösst lediglich auf beliebige Suchresultate.

Wie Memoriav-Direktor Christoph Stuehn sagt, wird Memobase kontinuierlich ausgebaut. Gerade der Zugang zu den kulturhistorisch so bedeutenden Radio- und Fernseharchiven der SRG gestalte sich aber sehr aufwendig, weil umfassende rechtliche Abklärungen, etwa wegen Urheberrechten und verwandten Schutzrechten, nötig seien. Zudem seien die technischen Herausforderungen sowie die Kosten für die «Langzeiterhaltung» nach wie vor hoch, so Stuehn. Für Letztere hätte nun aber die Revision des RTVG eine Lösung.

Unter Artikel 21 ist nämlich vorgesehen, dass ein Teil der Abgaben für Fernsehen und Radio zur «Finanzierung der Erhaltung der Programme» eingesetzt werden könnte.

Die SRG im Dilemma

Für das audiovisuelle Erbe könnte die Revision tatsächlich ein Vorteil sein, weil die Finanzierung verbessert würde, sagt Edzard Schade, der Informationswissenschaftler an der HTW Chur lehrt. Die Kostenfrage sei aber auch anders zu lösen. Problematischer findet er, dass die SRG wenig Interesse habe, ihre Archivpreziosen online der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Sie befände sich im Dilemma zwischen unternehmerischer Wirtschaftlichkeit und Service public. Dabei habe die Bevölkerung alle Programme mit Gebührengeldern finanziert und ein Anrecht auf deren nachhaltige Nutzung. Schade plädiert daher vehement für eine «alte» Lösung: die Schaffung eines nationalen Rundfunkarchivs.